



<b>Beschlussvorlage öffentlich</b>	Vorlage-Nr: <b>VO/2022/419-001</b>	
- öffentlich -	Datum: 19.08.2022	
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in: Nina Fiedler	
	Bearbeiter/in: Ostermeyer, Christiane	
<b>Beschluss über einen eigenen Standpunkt des Kreises zum Bürgerentscheid</b>		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
22.08.2022	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, das in der Anlage befindliche Standpunktepapier zum Bürgerentscheid zu nutzen. Der Verwaltung wird gestattet, das Standpunktepapier hinsichtlich des Layouts bzw. Designs im Nachhinein anzupassen. Der Inhalt wird nicht verändert.

### **1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:**

entfällt

### **2. Sachverhalt:**

Im Hauptausschuss am 18.08.2022 ist dem Kreistag mit Mehrheit empfohlen worden, dass gemeinsame Standpunktepapier der im Beschlussvorschlag genannten Fraktionen zu übernehmen. Die Verwaltung soll Layout und Design anpassen dürfen.

### **Relevanz für den Klimaschutz:**

entfällt

### **Finanzielle Auswirkungen:**

entfällt

### **Anlage/n:**

Gemeinsames Standpunktepapier von CDU, FDP, WGK, B90-Die Grünen

## Standpunkt des Kreistags

Der Kreistag Rendsburg-Eckernförde empfiehlt den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger beim Bürgerentscheid mit **Nein**

zu stimmen. Mit einem „Nein“ befürworten Sie die vom Kreistag beschlossene Neugliederung der Krankenhausversorgung im Kreis.

## Begründung des Kreistags

Der Kreis ist als Gesellschafter der Imland Kliniken mit ihren Standorten in Rendsburg und Eckernförde für eine zukunftssichere, bedarfsgerechte und finanzierbare Krankenhausversorgung im Kreis verantwortlich. Im Ringen um den Erhalt des Krankenhausstandorts Eckernförde und für die Aufrechterhaltung einer guten Krankenhausversorgung im Kreis hat der Kreistag sich in seiner Sitzung vom 14. Februar 2022 entschieden, die medizinischen Abteilungen der Imland Kliniken an den Standorten Rendsburg und Eckernförde neu zu gliedern. Der Kreistag möchte sowohl die Krankenhausversorgung im Kreis in öffentlicher Hand behalten als auch den Krankenhausstandort Eckernförde mit seinen für die Region wichtigen Arbeitsplätzen sichern.

Folgende Argumente waren für die Entscheidung der Mehrheit der Kreistagsabgeordneten ausschlaggebend:

- Durch kleine medizinische Abteilungen, insbesondere am Standort Eckernförde zeichnete sich langfristig ein medizinisches Qualitätsproblem ab. Der Bundestrend geht dahin, dass mehr Spezialisierung in der medizinischen Krankenhausbehandlung gefordert wird, insbesondere Mindestzahlen bei bestimmten Operationen festgelegt werden. Durch die Spezialisierung steigen die medizinischen Fachanforderungen, die in kleinen Krankenhausabteilungen aufgrund der geringen Fallzahlen nicht eingehalten werden können.
- Für kleine Krankenhausabteilungen ist es schwierig, medizinisches Personal zu finden. Der Trend zur Spezialisierung betrifft auch die Ärzteschaft. Gut ausgebildete Ärztinnen und Ärzte können in kleinen medizinischen Abteilungen ihre erworbenen Spezialkenntnisse nicht ausreichend anwenden, so dass es schwer ist, hierfür geeignetes Personal zu finden. Nur als attraktiver Arbeitgeber haben die Imland Kliniken Chancen, auf dem Arbeitsmarkt neue Fachkräfte zu finden.
- Die Ausbildung von Assistenzärztinnen und Assistenzärzten in kleinen medizinischen Abteilungen ist nicht möglich, da diese dort nicht die Möglichkeit haben, bestimmte Operationen in ausreichender Anzahl durchzuführen, die aber für die Facharztausbildung gefordert werden.
- Insbesondere für die Geburtshilfe am Klinikstandort Eckernförde konnte in der Vergangenheit nicht ausreichend ärztliches Personal gefunden werden, so dass immer wieder auf wechselndes, durch Personaldienstleister gestelltes Personal zurückgegriffen werden musste. Häufig wechselndes Personal mindert die Qualität der Versorgung, da Arbeitsabläufe nicht eingespielt sind. Zudem führt der dauernde Rückgriff auf Personaldienstleister zu weitaus höheren Kosten als fest angestelltes ärztliches Personal.
- In Eckernförde wird eine ambulante Notfallversorgung und eine Abteilung für Innere Medizin aufrecht erhalten, um die Versorgung auch für ungeplante Behandlungen zu sichern.
- Die bisherige medizinische Aufstellung des Krankenhauses führte zu hohen Verlusten, die nicht nur durch die Corona-Pandemie verursacht waren. Der Kreis hat als Gesellschafter diese Verluste immer wieder ausgeglichen. Hierbei handelt es sich um Mittel aus Steuern sowie aus der Kreisumlage, die an anderer Stelle für wichtige Aufgaben, insbesondere im sozialen Bereich, für die Modernisierung der Infrastruktur und Klimaschutzmaßnahmen im Kreis eingesetzt werden könnten und in den Gemeinden z.B. für die Finanzierung der Feuerwehren und der Kindertagesstätten gebraucht werden.

Der Kreistag hat es sich mit seiner Entscheidung nicht leicht gemacht, ist in die fachliche Tiefe und in die intensive politische Diskussion eingestiegen. Die Entscheidung im Kreistag ist nicht einstimmig gefallen, weil es eine Vielzahl von Zielen und Argumenten abzuwägen galt und nach wie vor gilt. Der Kreistag bittet die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Rendsburg-Eckernförde seine Entscheidung mitzutragen und empfiehlt, beim Bürgerentscheid mit

**Nein** zu stimmen.